

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 23.05.2022,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:27 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Robert Brandt Gronau

Mitglieder:

Sven Gabbe	Gronau	Vertretung für Herrn Jasper
Matthias Haase	Schöppingen	
Frank Hadder	Borken	
Richard Henrichs	Stadtlohn	
Daniel Höschler	Bocholt	
Michael Hösing	Bocholt	
Bruno König	Legden	Vertretung für Herrn Ostendorf
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Marc Kordel	Borken	Vertretung für Herrn Schülenkorf
Helmut Möllenkotte	Schöppingen	Vertretung für Herrn Himmel
Stephanie Pohl	Gescher	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernhard Schemmer	Reken	
Maximilian Schmeisser	Bocholt	Vertretung für Herrn Gebing
Vera Timotijević	Bocholt	
Wolfgang Warschewski	Raesfeld	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstandsmitglied
Dr. Gerswid Altenhoff-Weber	
Peter Sonntag	
Philipp Elting	
Olaf Sobek	

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Brandt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Henrichs erhebt Einwand gegen die Niederschrift der letzten Sitzung. Dort sei der Redebeitrag von Frau Kersting nicht in angemessenen Umfang wiederzufinden.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Bestellung eines Schriftführers für den Ausschuss für Verkehr und Bauen
Vorlage: 0121/2022/KREIS

Beschluss: einstimmig

Kreisinspektor Philipp Elting wird zum Schriftführer für den Ausschuss für Verkehr und Bauen bestellt.

Kreisamtsrat Olaf Sobek bleibt stellvertretender Schriftführer für den Ausschuss für Verkehr und Bauen.

Punkt 2: Darstellung der Unfallentwicklung im Kreisgebiet durch die KPB Borken

Herr Lefering, Leiter der Führungsstelle der Direktion Verkehr der Kreispolizeibehörde Borken trägt eine Präsentation zur Darstellung der Unfallentwicklung vor.

Bei der Darstellung der Entwicklung der Schwerverletztenzahlen erläutert Herr Lefering, dass als „schwerverletzte Person“ jede Person zähle, die unabhängig des tatsächlichen Verletzungsgrades einen Tag oder länger im Krankenhaus verbracht habe. Frau Timotijević regt an, diese Definition anzupassen. Herr Lefering stellt klar, dass es sich um eine fest durch das Verkehrsunfallstatistikgesetz vorgegebene Definition handele

Als Herr Lefering insbesondere die Gefahren von Kreisverkehren für Radfahrende darstellt, ergänzt dies Herr Konrad mit dem Hinweis, dass es nach seiner Erfahrung problematisch sei, dass die Verkehrsführung von Radfahrenden in bzw. um Kreisverkehre immerzu unterschiedlich geregelt sei. Insbesondere für Schulkinder sei das verwirrend bzw. eine besondere Herausforderung. Herr Lefering bestätigt die Ausführungen und erklärt, dass bei neu errichteten oder neu zu errichtenden Kreisverkehren häufig das Hineinführen der Radfahrenden in den Kreisverkehr bevorzugt werde, was aus Sicht der Polizei positiv zu bewerten sei, da Fahrradfahrende dann als vollwertige Verkehrsteilnehmende wahrgenommen würden.

Herr Kordel gibt zu bedenken, dass sich Fahrradfahrende selbst häufig nicht als vollwertige Verkehrsteilnehmende wahrnehmen, da oft die Fahrradwege nah an parkenden Autos oder an viel befahrenen Straßen vorbeiführen. Herr Lefering bestätigt dies und führt aus, dass auch das Überholen von Radfahrenden auf Fahrradwegen zu teils schweren Unfällen führe.

Herr Gabbe regt die Prüfung der Errichtung von Querungstunneln für Radfahrende gefährliche Kreuzungen an. Herr Sonntag erklärt, dass gerade in Vreden im Rahmen des Gaxelino-Projektes ein solcher Querungstunnel im Bau sei.

Herr Höschler schlägt vor Kurzvideos, die aktuell durch die Kreispolizeibehörde insbesondere für Kinder erstellt werden, auch für andere Altersgruppen zu veröffentlichen. Herr Lefering bestätigt bereits hierzu laufende Planungen. Er weist allerdings gleichzeitig auch auf den hohen Zeitaufwand hin, der die Erstellung solcher Videos mit sich bringt.

Punkt 3: Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen der B67 und der B54
Vorlage: 0152/2022/KREIS

Weshalb genau stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen weniger effektiv seien, als mobile Anlagen gehe laut Herrn Kordel aus der Vorlage nicht klar hervor. Schließlich sei der Effekt einer stationären Anlage bspw. bei den Anknüpfungsstellen von zwei Spuren auf eine Spur (B 67 oder B 54), dass die Autofahrenden insbesondere an diesen Stellen die Geschwindigkeit reduzierten, positiv zu bewerten. Frau Dr. Schwenzow erläutert, dass der Gewöhnungseffekt stationärer Anlagen groß sei. Gleichzeitig sei es aber das Ziel, die Geschwindigkeitsanpassung bzw. das Halten der angemessenen Geschwindigkeit nicht nur punktuell zu erreichen, sondern möglichst überall. Folglich seien mobile Anlagen dazu besser geeignet. Frau Dr. Altenhoff-Weber fügt hinzu, dass mobile Anlagen flexibler einsetzbar seien. Überdies seien zu hohe Geschwindigkeiten gerade nicht ursächlich für die Unfälle auf diesem Streckenabschnitt.

Die Ausführungen zum Unfallgeschehen auf der B 67 und B 54 und zu den Maßnahmen zur Verhütung von weiteren Unfällen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Baumwollexpress X 80: Sachstandsbericht über die Einführung des Probetriebs
Vorlage: 0130/2022/KREIS

Der Sachstandsbericht zum Probetrieb der Schnellbuslinie Baumwollexpress X 80 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.1: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2022 zum Baumwollexpress

Herr Henrichs kritisiert die Art der Anbindung des Baumwollexpresses in Bad Bentheim und Bocholt. Aus seiner Sicht sei die Anbindung an Bad Bentheim für ÖPNV-Nutzende aufgrund der Taktung nicht ausreichend attraktiv. Der Anschluss in Bocholt (nach Düsseldorf) sei für eine Vielzahl von Menschen attraktiver, werde aber von der Verwaltung geringer bewertet, als der Anschluss in Bad Bentheim (nach Berlin). Ferner seien nicht alle Anschlüsse an den IC nach/von Berlin zu erreichen. Außerdem beanstandet Herr Henrichs entsprechend der Anfrage zu TOP 4.1, dass in Lünten keine Haltestelle installiert werde und an der bestehenden Haltestelle am Abzweig Antoniusheim nicht gehalten werde.

Frau Dr. Schwenzow verweist auf den mit allen Gemeinden und der Politik durchgeführten Abstimmungsprozess, aus welchem insbesondere hervorgehe, dass nur zentrale Haltestellenpunkte in der Kommune vorgesehen seien. Mit dem Fahrplankonzept habe man gerade

Frau Dr. Schwenzow erläuterte die Historie der Abstimmung über die Tarifierhöhungen mit dem VSPV und den Taxi-Unternehmen im Kreis Borken. Weiter führt sie aus, dass die Verwaltung nach dem Schreiben mehrerer Taxi-Unternehmen des Kreises Borken an den Kreis Borken und die Fraktionen im Kreis Borken vom 13.05.2022, sowie dem Brandbrief vom 20.05.2022 des VSPV, die Anhörung der Unternehmen bezogen auf die Anzahl ihrer Konzessionen noch einmal neu bewertet hat. Daraufhin und aufgrund der durch den VSPV geschilderten stark veränderten Rahmenbedingungen, sowie der kritischen Lage der Unternehmen im Taxigewerbe im Kreis Borken, halte die Verwaltung die Tarifierhöhung von 19 % für gerechtfertigt. Zur nächsten Kreisausschusssitzung werde die Vorlage somit entsprechend angepasst, die beigefügte Tabelle werde in aktualisierter Form zur Vorlage genommen.

Herr Hösing begrüßt die Erhöhung um 19 %, gibt allerdings den Hinweis, dass die Information über die Anzahl der Konzessionen je Unternehmen in Zukunft generell mit in die Entscheidungsfindung einbezogen und der Politik zur Verfügung gestellt werden sollte. Er halte die Erhöhung um 19 % für notwendig und stellt klar, dass die verwaltungsseitige Koordination und Abstimmung bzgl. dieses TOP sehr gut verlaufen sei.

Herr Warschewski erklärt ebenfalls seine Zustimmung zur Erhöhung um 19 %. Gleichzeitig schlägt er vor, die Taxentarife jährlich zu überprüfen.

Herr Höschler unterstreicht, dass durch die 19 % die Auskömmlichkeit der Finanzierung gesichert sei, weshalb er sich ebenfalls für die Erhöhung von 19 % ausspricht.

Auch Herr Schmeisser hält die entsprechende Erhöhung aufgrund allgemeiner Preissteigerungen für notwendig

Herr Henrichs findet die Erhöhung um 19 % insbesondere aufgrund der gestiegenen Lohnkosten angemessen.

Beschluss: geändert einstimmig

Geänderter Beschluss:

Die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs in Abänderung einer angewandten prozentualen Steigerung von 19 % beschlossen.

Punkt 10.1: Aktualisierter Antrag des VSPV zum Taxentarif vom 20.05.2022 - Brandbrief

Siehe Punkt 10. Diese Punkte wurden gemeinsam beraten.

Punkt 10.2: Stellungnahme der Verwaltung zum aktualisierten Antrag des VSPV zum Taxentarif vom 20.05.2022

Siehe Punkt 10. Diese Punkte wurden gemeinsam beraten.

Punkt 11: Mobilitätskonzept des Kreises Borken und Übersicht über die anstehenden Mobilitätsplanungen
Vorlage: 0131/2022/KREIS

Frau Dr. Schwenzow stellt fest, dass die Steckbriefe des Mobilitätskonzeptes nicht abschließend und gerade beliebig erweiterbar sein sollen. Dies sei ein großer Vorteil des Konzeptes an sich. Gleichzeitig bedankt sie sich bei der Politik für die konstruktive Zusammenarbeit insbesondere im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe Mobilität.

Vertretende aller Fraktionen begrüßen die Vorlage.

Beschluss: einstimmig

1. Das Mobilitätskonzept des Kreises Borken wird beschlossen. Der Landrat wird beauftragt, über die Mobilitätsentwicklungen, insb. die Erreichung der Zielindikatoren fortlaufend zu berichten und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele und Maßnahmen weiterzuentwickeln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, 2023 eine Modal-Split-Untersuchung durchzuführen und hierfür die für die AGFS-Mitglieder vorgesehenen Fördermittel zu beantragen. Die Untersuchung soll in Einvernehmen mit den AGFS-Kommunen auf diese ausgeweitet werden.
3. Der Bericht über die weiteren anstehenden Untersuchungen und Entwicklungsprogramme zu den Mobilitätsentwicklungen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12: Betrieb der Buslinie Bardel 969
Vorlage: 0117/2022/KREIS

Beschluss: einstimmig

Der Kreis Borken schreibt die Linie 969 Gronau-Epe – Gronau – Bardel Missionsgymnasium ab dem 01.01.2024 nicht aus.

Punkt 13: Tarifierung im WestfalenTarif aufgrund der Energiepreiserhöhung im ÖPNV im ersten Quartal 2023
Vorlage: 0138/2022/KREIS

Frau Dr. Schwenzow bittet die Fraktionen um kurze Stellungnahme zur geplanten Tarifierung.

Herr Warschewski erklärt, die UWG sei gegen eine Erhöhung.

Frau Timotijević und Herr Höschler sprechen sich ebenfalls gegen eine Erhöhung und stattdessen für eine Senkung der Tarife aus, alternativ müsste über andere Finanzierungssysteme nachgedacht werden.

Herr Konrad führt aus, dass eine Tarifierung sicherlich attraktiver sei, die Entwicklung aber zu diesem Zeitpunkt, insbesondere im Hinblick auf die Einführung des 9-EUR Tickets, noch unsicher sei, sodass es abzuwarten bleibe, wie sich Preisstrukturen entwickeln werden.

Die Darstellung einer möglichen außerplanmäßigen Fahrpreis-Tariferhöhung beim Westfalentarif wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 14: Einführung des 9-EUR-Tickets für die Monate Juni bis August 2022

Herr Höschler bittet die Verwaltung darum, in der nächsten Sitzung über die Entwicklung der Anzahl der Fahrgäste zu berichten.

Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass aktuell noch keine automatischen Fahrgastzählsysteme vorhanden sind, der Politik aber das gesamte verfügbare Zahlenmaterial vorgelegt werden wird.

**Punkt 15: Nachhaltiges Bauen im Kreis Borken;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 10.05.2022
Vorlage: 0151/2022/KREIS**

Frau Timotijević erläutert ihren Antrag und weist darauf hin, dass Holz ein nachhaltiger Baustoff sei, der die CO²-Belastung deutlich senken könne. Herr Hösing stimmt dem grundsätzlich zu, schlägt aber vor, auch andere nachhaltige Baustoffe zu prüfen. Herr Grothues erklärt, dass die Beschaffung und Verwendung nachhaltiger Baustoffe aktuell auch im Klimaanpassungsprogramm sowie bei der Fortschreibung des Kompass 2035 thematisiert werde. Er greife gerne den Vorschlag zu einem Prüfauftrag für die Verwaltung auf. Die Herren Schmeisser, Dr. Render und Kordel begrüßen diese Vorgehensweise. Frau Timotijević erklärt sich damit einverstanden, dass der Beschlussvorschlag Ihres Antrags entsprechend geändert wird.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz nachhaltiger Baustoffe und deren Recyclingfähigkeit im Rahmen eines Beschaffungshandbuchs zu prüfen. Dieser Prüfauftrag wird in die Fortschreibung zum Kompass eingebunden.

Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Sonntag erläutert vor dem Hintergrund der aktuell außergewöhnlichen Situation auf dem Baumarkt, die sich aus der sehr starken Nachfrage, Lieferengpässen sowie sprunghaften Preissteigerungen zusammensetzt, die **Abwicklung wesentlicher Baumaßnahmen des Kreises**. Das Ergänzungsgebäude am Kreishaus sei zwar inzwischen vollständig bezogen, die Fertigstellung der Verbindungsbrücke habe aber immer noch nicht abgeschlossen werden können. Mit dem Bezug des Ergänzungsgebäudes seien im Bestandsgebäude die Arbeiten zur Neugestaltung des Erdgeschosses im Bauteil 1 begonnen worden. Recht zügig habe hier die Neuverlegung der Bodenbeläge in den Räumen durchgeführt werden können, die baulich nicht verändert werden müssten. Die übrigen notwendigen Umbaumaßnahmen würden derzeit geplant. Daneben würden die Arbeiten zur Erneuerung der WC-Stränge und der damit verbundenen Herrichtung der Sanitärräume aktuell im zweiten Bauabschnitt durchgeführt. Trotzdem würden alle Maßnahmen deutlich länger als geplant dauern und mehr Betreuungsaufwand verursachen. Deshalb könne auch die geplante Renovierung des

Sitzungsbereiches nur in Bauabschnitten angegangen werden. Im Vordergrund solle hier die Neubeschaffung der Möblierung in den Sitzungsräumen stehen, die nach Auffassung der Verwaltung von den übrigen Maßnahmen –insbesondere auch der neuen Medientechnik – abgekoppelt werden könne. Hierzu solle mit der Planbegleitgruppe vor den Sommerferien eine Abstimmung erfolgen. Soweit diese dem Vorgehen zustimme, könnten nach den Sommerferien Mustermöblierungen vorgestellt werden, um eine Auswahl zu treffen. Ziel sei es, in diesem Jahr das neue Mobiliar zu bestellen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bauarbeiten bestehe derzeit an den Berufskollegs in Bocholt. Hier hätten die Sanierung des ersten Bauabschnitts am BK am Wasserturm und der Umbau der Metallwerkstatt am BK Bocholt West abgeschlossen werden können. Aktuell in Bau stehe die neue Dreifachsporthalle. Hier seien weitere **Preissteigerung zwingend zu erwarten**, ohne dass diese endgültig abgeschätzt werden könnten.

Im Straßenbau müsse angesichts der Liefer- und Preisprobleme erstmals mit **Stoffpreisgleitklauseln** gearbeitet werden, da die Firmen keine mittel- oder langfristigen Materialdispositionen treffen könnten. Dies habe den Nachteil, dass während der Baumaßnahmen ein teilweise erhebliches Preisrisiko verbliebe. Letztlich könne dem nur durch das Schieben geplanter Maßnahmen begegnet werden, um den Budgetabschluss nicht zu gefährden.

Punkt 17: Anfragen

**Punkt 17.1: Voranmeldung von Fahrten im Sprinterbus S75;
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 10.05.2022
Vorlage: 0150/2022/KREIS**

Frau Timotijević erklärt, dass die Anmeldung von Gruppen das Angebot unattraktiver für Fahrgäste mache. Außerdem bemängelt sie, dass dem Personal an einer DB-Verkaufsstelle die Möglichkeit der Voranmeldung nicht bekannt war und eine Personengruppe daher nicht mitgenommen werden konnte.

Punkt 17.2: Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Voranmeldung von Fahrten im S 75

Frau Dr. Schwenzow erläutert, dass es sich bei der Voranmeldung lediglich um einen Wunsch der SWK handele. Es sei keine Voraussetzung für eine Beförderung. Die SWK dürfe keine Fahrgäste allein aufgrund einer fehlenden Voranmeldung nicht befördern. Die Voranmeldung sei ein Planungsinstrument. Weiter führte sie aus, dass der Verwaltung nicht bekannt sei, dass die DB-Verkaufsstellen nicht darauf hinwiesen, dass sich Gruppen vorher anmelden sollten. Sie bittet Frau Timotijević, im Anschluss nähere Informationen zum geschilderten Einzelfall zu geben, sodass eine Aufklärung desselben erfolgen könne.

Punkt 17.3: Fassaden- und Dachbegrünung kreiseigener Gebäude;

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 10.05.2022
Vorlage: 0149/2022/KREIS

Frau Timotijević macht deutlich, dass sie mit der Stellungnahme der Verwaltung auf ihre Anfrage zur Fassaden- und Dachbegrünung nicht zufrieden sei. Insbesondere kritisiert sie die bekiesten Flachdächer des Kreishauses, die sie als „Steinwüsten“ bezeichnet. Hierzu entgegnet Herr Grothues und Herr Sonntag, dass die Dachflächen des Kreishauses, die nicht mit PV-Modulen belegt seien, sich in der Vergangenheit insbesondere aus baukonstruktiven Gründen nicht für eine Bepflanzung geeignet gezeigt hätten. Gerade deshalb seien die ursprünglich vorhandenen Gründächer aufgegeben worden. Demgegenüber gibt Frau Timotijević zu bedenken, dass der aufgebrachte Kies ihrer Meinung nach auch eine erhebliche Gewichtsbelastung darstelle. Darüber hinaus verweist sie nochmals auf Möglichkeiten zur parallelen Nutzung von PV-Anlagen und Dachbegrünung. Die sich daran anschließende Diskussion wird auf Hinweis von Herrn Gabbe auf die Geschäftsordnung des Kreistages, nach der über Anfragen und deren Beantwortung keine Aussprache stattfinden solle, beendet.

Punkt 17.4: Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.05.2022 zur Dach- und Fassadenbegrünung

Siehe Ausführungen unter Punkt 17.3.

Vorsitzender Brandt schließt die Sitzung um 19:27 Uhr.

gez.
Brandt
(Vorsitzender)

gez.
Elting Sobek
(Schriftführung)